

Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin

Band: 96 (1970)

Heft: 32

Rubrik: Ganze Schweiz veränderlich

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

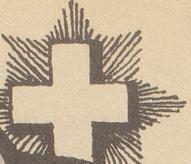
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



ganze Schweiz veränderlich

Notizen von Oskar Reck
zum hiesigen Lauf der Welt

Wann beginnen die Stilbrüche?

Es war auch ein Sommer der schönen moralischen Entrüstung und der vaterländischen Genugtuung darüber, daß in hiesigen Breitengraden die Bäume selbst dann nicht in den Himmel wachsen, wenn die Wolken beharrlich tief liegen: Die Herren Hans Schaffner und Ernst Bieri, hieß es, seien stilbrüchig geworden – ersterer, weil er, kaum dem Kreise unserer hohen Sieben entrückt, mit an Gier grenzender Munterkeit Verwaltungsratsmandate zu äufen begonnen habe, bis ein bekanntes Präsidium das Maß voll machte; und letzterer, weil er knapp nach glorioser Wiederwahl den stadtzürcherischen Finanzen den Rücken drehte, um sich den weltbekannten Gnomen an der Bahnhofstraße beizumischen. Jenes und dieses, meinten die Kritiker, vertrage sich mißlich mit der Würde der demokratischen Aemter, welche die beiden bekleideten: Denn im einen Fall biete der Verdacht sich geradezu an, der Mann kassiere jetzt bei der Industrie für Dienste ein, die er ihr zu seinen Magistratszeiten geleistet habe; und im andern Falle fühle der Wähler sich übers empfindsame Ohr gehauen, wenn der Mann seiner Stimme ein paar Monate später ohne einen Hauch von schicksalhaftem Zwang seine Amtsstube verlasse, den Hut nehme und zur gelobten Goldküste aufbreche.

Darüber ist in der seit alters bekömmlichen Mischung von Zorn und Genugtuung fast alles gesagt und sehr vieles geschrieben worden. Nur das Bemerkenswerteste blieb so gut wie verschwiegen: daß nämlich mit ihren Entschlüssen weder Hans Schaffner noch Ernst Bieri Grund zur Verwunderung boten, weil genau die Eigenschaften, die ihnen öffentlichen Erfolg brachten (und wozu ganz gewiß eine an großer Könnerschaft orientierte ebenso große Unbekümmertheit gehört), ganz selbstverständlich auch für ihr nach-magistrales Tun maßgebend waren (und bleiben). Sie taten, mit andern Worten, was eigentlich – ob's beliebt oder nicht – zu erwarten stand, und zumindest ihre Wahlmacher durften sich darüber so wenig wundern wie über die ausgiebig prophezeite erfolgreiche Amtsführung. Wer an mehr als der Labsal von

Scherbengerichten interessiert ist, wird jetzt der schlichten, aber folgenschweren Tatsache nachsinnen, daß Begegnungen von besonderem Zuschnitt auch ihren besondern Preis haben. Man kann nun einmal Hans Schaffners magistralen Aktivitäten nicht den Lebensabend Philipp Etters anfügen, und mit Ernst Bieri und Emil Landolt verhält es sich ebenso. Die Frage ist also, wofür man vor dem Angebot möglicher Politik und möglicher Politiker optieren will, und daraus wiederum geht hervor, daß Stilbrüche (und Schlimmeres) bei den Wahlen beginnen, nicht bei den Demissionen.

Hat es den 7. Juni überhaupt gegeben?

Es war einmal eine Ueberfremdungsinitiative. Und es war ein Parlament, das sie gegen die bekannte eine Stimme verwarf, haushoch, nie vor Gefahren bleich. Worauf nicht wenige aus eben diesem Parlament das dezidierte Gefühl nährten, sie hätten in genannter Sache ihr Plansoll jetzt erfüllt, und ihr Terminkalender sei ohnehin am Ueberquellen. So war es unvermeidlich, daß die Veranstalter öffentlicher kontradiktiorischer Auseinandersetzungen zwar das geneigte Ohr des oben erwähnten Alleingängers fanden, auf der parlamentarischen Gegenseite jedoch einer neuen Spielart von schweigender Mehrheit begegneten. Die meisten der Herren Räte hatten zwar nichts dagegen, in wohlvertrauten Partei- und Verbandszirkeln, wo es manierlich herzugehen versprach, das Volksbegehren nach Gebühr zu verdönnern – aber sich jenen unkontrollierten Mengen auszuliefern, die da gänzlich ungeniert herbeiströmten, und dann erst noch mit einem bösartig zungenfertigen Gegenreferenten und respektlosen Zwischenrufen fertig zu werden: das denn doch nicht. Im übrigen verbot es ja schon der Terminkalender, man hatte gar keine Zeit.

Und so geschah folgerichtig, daß in Dutzenden von Veranstaltungen mit Hunderten und bisweilen sogar Tausenden von Besuchern das Parlament im Abwesenheitsverfahren beredet wurde, unfreundlich, versteht sich, und oft genug bis zu jenem Grade von Verächtlichkeit, der besagte, man habe gar nichts anderes erwartet als nach dem einhelligen Entscheid im Klüngel die nahezu einhellige Absenz in der Arena. Das ging, wie jede kollektive Schelte, ins Ungerechte. Aber wer konnte angesichts von so penetranter Verschanzung hinter Terminkalendern über die Ausbreitung der Ansicht verwundert sein, es fehle manchem der ehrenwerten Ratsherren alle Lust, sich in dieser überaus delikaten Sache willentlich zu exponieren, weil er die Vorsicht nicht nur für die Mutter der Porzellankiste, sondern auch der Wiederwahl halte. Wer im Frühjahr 1970 viele Gefechte um die Ueberfremdungsinitiative hat bestehen und überstehen müssen, und

es war, weiß der Himmel, ein freudloses Geschäft, wird die eidgenössischen Räte kaum unter die Sieger vom 7. Juni schieben, auch wenn sie in der Sache recht bekamen, oder besser: mit knapper Not nicht desavouiert wurden. Es gab zu viele, die schlechte Figur machten, indem sie gar keine machten: Engagement in Form von Absenz. Aber das liegt ja weit zurück, so weit, daß manche bereits daran zweifeln, ob es den 7. Juni je gegeben habe. Seither ist man längst aus den Büschchen gekrochen und schreitet aufrecht, wenn auch nicht furchtlos, dem Wahljahr entgegen.

Gouvernement sans visage

Wer indessen den 7. Juni, die Phase zuvor und die beschwörenden Kommentare hinterher noch nicht gänzlich aus dem Gedächtnis getilgt hat, entsinnt sich, daß es im drückend schwülen Gefecht nicht nur die schiere Absenz des Parlaments, sondern zur Gänze auch diejenige der Landesregierung gegeben hat. Gemeint ist damit nicht: die Abwesenheit des Bundesrates im Propagandagewühl des Abstimmungskampfes. Gemeint ist vielmehr: die Abwesenheit der Regierung im Sinne einer deutlich profilierten Instanz schlechthin. Es gab sie nicht – oder viel-

mehr nur als Gebilde der Schwäche und der willenlosen Gefügigkeit, zumindest für erschreckend viele, oft genug für unverkennbare Mehrheiten in den Sälen des kontradicitorischen Gewoges. Da es, über das Thema hinaus und an ihm vorbei, immer sogleich um das Ganze der eidgenössischen Politik ging, wurde jedesmal auch die mit abstrusen Behauptungen und akustischen Kundgebungen vom selben Format manifestierte Unkenntnis dessen offenbar, was die Regierung muß, kann, tut und läßt. Das alles zu einer Zeit der bis zum Ueberdruß entfalteten Communiqué- und Pressekonferenzen-Wirtschaft, zu einer Zeit der wöchentlichen Nachrichtenergießungen über das, was der Bundesrat behandelt und verabschiedet hat. Zu begegnen war, mit andern Worten, einem Gouvernement sans visage, auf das seine Verteidiger sich nur um den Preis schallenden Hohngelächters berufen konnten. So war das, nicht überall, gewiß, aber in der denkbar auffälligsten Häufung gleicher Begebenheiten.

Die Neigung dürfte auch in diesem Betracht nicht gering sein, nach dem ungesund aufregenden 7. Juni mit doppelter Entschlossenheit auf die alten Spuren zurückzukehren: zur wohlvertrauten bundeshäuslichen Benachrichtigung des Volkes nämlich. Aber diese Neigung, die zu den helvetischen Konstanten gehört, auch wenn wir sie bei deren festlicher Aufzählung regelmäßig vergessen – diese Neigung also hat die einzige erkennbare Konsequenz, daß sie der wahrhaftig nicht mehr nur schlechenden und dem arglosen Auge verborgenen Staatskrise weiterhilft. Ist man aber hierzulande, und vielleicht ist diese Hoffnung gar nicht so utopisch, noch zu Folgerungen imstande, so könnte das im vorliegenden Falle einzig heißen: Eine Regierung, auch die hiesige, lebt im Bewußtsein des Volkes nur, wenn sie mit diesem regelmäßig, in kurzen Abständen und ohne journalistische Zwischenträger in Kontakt tritt; wenn sie – in den großen und wichtigen Zügen – ihre Ansichten und Absichten direkt, klar und verständlich erläutert. Nur so ist sie präsent, und diese Präsenz reizt auch zur aktuellen, kritischen, das Volk bewegenden Auseinandersetzung. Der direkte und in seiner Direktheit unmittelbar wirksame Kontakt aber ist unter modernen Voraussetzungen (und mag's für manche schrecklich tönen) nur noch mit dem Fernsehen möglich. Die Regierung braucht ihre feste, genau umgrenzte und mit aller Deutlichkeit markierte Sendezeit. Sie bestimmt, wer aus ihrem Kreise oder als ihr Sprecher sich wozu äußert. So allein entsteht die unverstellte Begegnung und kommt das Volk zur authentischen Aussage seiner Landesväter. Dann folgt in der Presse, im Radio und natürlich auch im Fernsehen selbst die Auseinandersetzung über die Vorstellungen und Entschlüsse der Regierung.

Auf all das lagern natürlich unsere offiziellen und offiziösen Wenn-und-Aberer mit dem fast unerschütterlichen Glauben an den Status quo ihre Einwände; das Gespenst der Telekratie gehört dazu und ähnlich Gräßliches. Nur eben: welche Pleiten wollen wir eigentlich noch abwarten?



“... ums Himmels willen – da fallen mir eben die Kommissionen ein, die ich noch erledigen muß: Dem Sohn zum Bogen einen zweiten Pfeil und für die Küche ein Kilo Aepfel und einen Tournedos Rossini ...»